

**Inserate**  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Gust. Ad. Sähle, Hoflieferant,  
Gr. Gerberstr. u. Breitestr. 10/11,  
Otto Niekisch, in Firma  
A. Neumann, Wilhelmplatz 8.  
  
Berantwortlicher Redakteur  
G. Wagner in Posen.  
  
Redaktions-Sprechstunde  
von 9-11 Uhr Vorm.

# Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

**Inserate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen  
bei unseren Agenturen, ferner bei  
den Annoncen-Expeditionen  
**R. Mosse,**  
**Haasenstein & Vogler A.-G.,**  
**Ed. S. Dabe & Co.,**  
Invalidentendank.  
  
Berantwortlich für den Inserat-  
theil:  
**W. Braun in Posen.**  
  
Fernsprech-Anschluß Nr. 108.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4 5/8 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5 4/5 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.  
**Nr. 479**      **Freitag, 12. Juli.**      **1895**

## Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Auerbenrecht bei Renten- und Anstielungsgütern. (Schluß.)

§ 24.  
Der Antrag auf Uebernahme der Erbfindungsrente auf die Rentenbank ist bei der General-Kommission zu stellen.  
Wird bei einer gerichtlichen Erbauseinandersetzung die Uebernahme einer Erbfindungsrente auf die Rentenbank beantragt, so hat das Nachlassgericht nach Beendigung der Erbauseinandersetzung die Akten der General-Kommission zur Einleitung des Uebernahmeverfahrens zu übersenden.  
Das Uebernahmeverfahren richtet sich nach folgenden Vorschriften:  
1. Die General-Kommission hat sofort nach der Einleitung den Grundbuchrichter zu ersuchen, bei der eingetragenen Erbfindungsrente vorzumerken, daß das Uebernahmeverfahren eingeleitet ist. Wenn die Erbfindungsrente nicht eingetragen und der Rentenverpflichtete Eigentümer des Auerbengutes ist, so ist das Ersuchen dahin zu richten, daß die Rentenpflicht bei dem Auerbengute vorgemerkt werde. Diese Vormerkung haben die Wirkung, daß der Rentenbankrente der Rang der eingetragenen Erbfindungsrente zur Zeit der Eintragung der Vormerkung oder, wenn die Erbfindungsrente nicht im Grundbuche eingetragen ist, der Vorrang vor späteren Eintragungen gesichert wird.  
2. Im Falle einer Einstellung des Uebernahmeverfahrens hat die General-Kommission den Grundbuchrichter um die Beseitigung der Vormerkung zu ersuchen.  
3. Nach Uebernahme der Erbfindungsrente auf die Rentenbank wird auf Ersuchen der General-Kommission im Grundbuche vermerkt, daß das Auerbengut der Rentenbank rentenpflichtig ist. In den Eintragungsvermerk ist der Betrag der Rentenbankrente und des ihr entsprechenden Kapitals sowie Beginn und Dauer der Tilgung aufzunehmen.  
4. Die Vorschriften des Gesetzes über die Errichtung von Rentenbanken vom 2. März 1850 (Gesetz-Samm. S. 111) nebst den dasselbe ergänzenden gesetzlichen Bestimmungen, sowie § 6 Ziffer 1, 2, 3, 5 und 7 des Gesetzes, betreffend die Beförderung und Errichtung von Rentenbanken, vom 7. Juli 1891 finden auf die von der Rentenbank übernommenen Erbfindungsrenten mit der Maßgabe sinngemäße Anwendung, daß sich die Rangordnung der an die Stelle der Erbfindungsrenten getretenen Rentenbankrenten gegenüber anderen Belastungen des Auerbengutes nach §§ 17 und 36 des Gesetzes über den Eigentumsverkauf und die dingliche Belastung der Grundstücke v. vom 5. Mai 1872 (Gesetz-Samm. S. 433) regelt.  
5. Die Ressorst-Minister bestimmen, ob und von welchem Zeitpunkt an 3/4, oder 3 Proz. Rentenbriefe als Abfindung gegeben werden sollen. Wenn der Kurs der 3/4, oder 3 Proz. Rentenbriefe an der Berliner Börse dauernd auf dem Nennwerthe oder darunter steht, dürfen 3 Proz. Rentenbriefe nur mit Zustimmung des Empfängers ausgegeben werden.  
6. Nach den als Anlagen II und III beigefügten Tabellen bestimmt sich, welche Summen im Falle des § 23 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 in den verschiedenen Jahren der beiden Tilgungsperioden (§ 23 Ziffer 2) zur Ablösung von Rentenbeträgen erforderlich sind.  
§ 25.  
Eine nach Maßgabe der §§ 23 und 24 begründete Rentenbankrente wird auch nach ihrer völligen oder theilweisen Tilgung im Grundbuche nur gelöscht, wenn das Gut die Auerbengutseigenschaft verloren hat. Die Löschung erfolgt auf Ersuchen der General-Kommission.  
An die Stelle der Rente kann bis auf Höhe des getilgten Betrages eine andere nach Maßgabe der §§ 23 und 24 begründete Rentenbankrente gesetzt werden. Auch kann nach Maßgabe der erfolgten Tilgung einem Altentheile oder einer sonstigen Forderung auf Antrag des Eigentümers von der General-Kommission der Rang der Rentenbankrente, unter Vorbehalt des Vorrangrechts für den noch nicht getilgten Theil dieser Rente, eingeräumt werden. Dies ist außer bei Altentheilen nur bei Restorationsdarlehen oder in dringenden Ausnahmefällen zulässig. Die Festsetzung der näheren Bedingungen, unter denen vorstehende Bestimmungen Anwendung finden, bleibt den Ausführungsvorschriften vorbehalten.  
Die dem Abs. 2 entsprechenden Eintragungen im Grundbuche erfolgen auf Ersuchen der General-Kommission in der Spalte „Veränderungen“.  
§ 26.  
Die General-Kommission hat den Antrag auf Uebernahme der Erbfindungsrente auf die Rentenbank zurückzuweisen, soweit für die zu übernehmende Rentenbankrente eine ausreichende Sicherheit nicht vorhanden, oder wenn die dauernde Erhaltung des Gutes in der Hand des Auerben nicht gesichert ist.  
Die Sicherheit der Rentenbankrente kann als vorhanden angenommen werden, soweit der Nennwerth der auszubehenden Rentenbriefe innerhalb des 30 fachen Betrages des bei der letzten Grundsteuererschätzung ermittelten Katastral-Neuertrags mit Hinzurechnung der Hälfte des Werthes, mit welchem die Gebäude bei einer der nach § 19 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 bestimmten Versicherungs-Gesellschaften versichert sind, oder innerhalb der ersten 1/2 des von der General-Kommission zu ermittelnden Anrechnungswertes (§ 19), zu stehen kommt. Die Ermittlung des Anrechnungswertes erfolgt unter Zuziehung der Beteiligten, sowie zweiter mit den örtlichen Verhältnissen vertrauter Sachverständigen und geeigneten Falls eines Bauachverständigen.  
War bereits früher auf behördliche Veranlassung eine Taxe des Auerbengutes aufgenommen, so ist diese, soweit zugänglich, zu Grunde zu legen. Von der Zuziehung von Sachverständigen kann in diesem Falle abgesehen werden.  
In einfachen und klaren Fällen ist die General-Kommission befugt, nach ihrem Ermessen den Anrechnungswert festzusetzen

oder sich die Ueberzeugung von der Sicherheit in anderer geeigneter Weise zu verschaffen.

§ 27.  
Bei Prüfung der Sicherheit der Rentenbankrente sind die das Auerbengut belastenden Tilgungsrenten mit denjenigen Kapitalbeträgen in Rechnung zu stellen, welche durch die Rentenzahlungen noch zu tilgen sind.  
Soweit wegen der auf dem Auerbengut ruhenden Belastungen die zur Uebernahme der Erbfindungsrente auf die Rentenbank erforderliche Sicherheit nicht vorhanden ist, kann die Erbfindungsrente nachträglich nach Maßgabe der Tilgung dieser Belastungen auf Antrag eines Beteiligten auf die Rentenbank übernommen werden. Die Festsetzung der Uebernahmebedingungen bleibt den Ausführungsvorschriften vorbehalten.  
§ 28.  
Wird das Auerbengut innerhalb 10 Jahren nach dem Tode des Erblassers veräußert, so hat der Auerbe den Betrag des Voraus (§ 20) und bei Theilveräußerungen einen entsprechenden Theil des Voraus nachträglich in die Erbfindungsrente einzuwerfen.  
Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn der Auerbe das Auerbengut ganz oder theilweise an einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Verwandten (Nachkommen, Geschwister oder deren Nachkommen) veräußert. Der Erwerb ist jedoch in Gemäßheit des Abs. 1 des Voraus ganz oder theilweise einzuwerfen verpflichtet, wenn er das Auerbengut oder einen Theil desselben während des angegebenen Zeitraumes weiter veräußert.  
Jeder Beteiligte kann verlangen, daß sein Anspruch auf das Voraus durch Eintragung einer Rationshypothek im Grundbuche gesichert werde.  
§ 29.  
Wird das Auerbengut innerhalb 10 Jahren nach dem Tode des Erblassers verkauft, so steht den anerbenberechtigten Miterben, soweit sie nicht auf das Auerbenrecht verzichtet haben, ein gesetzliches Vorkaufsrecht zu.  
Die Reihenfolge mehrerer Vorkaufsberechtigten regelt sich nach den §§ 11 bis 14.  
Das Vorkaufsrecht beschränkt sich auf den Fall des Verkaufs durch den Auerben. Es findet auch statt, wenn die Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung erfolgt. Das Vorkaufsrecht kann nicht ausgeübt werden, wenn das Gut an einen dem Verkäufer gegenüber anerbenberechtigten Verwandten verkauft wird.  
§ 30.  
Durch die Vorschriften dieses Gesetzes wird, unbeschadet der Bestimmungen der §§ 31 und 32, das eheliche Güterrecht nicht berührt.  
§ 31.  
Wenn zu dem Gesamtgut einer durch den Tod eines Ehegatten aufgelösten allgemeinen Gütergemeinschaft oder Errungenschaftsgemeinschaft oder Gemeinschaft des beweglichen Vermögens und der Errungenschaft ein Auerbengut gehört, so kann der nach den Vorschriften des allgemeinen Rechts zur Uebernahme des Auerbenguts Berechtigte von den übrigen Beteiligten verlangen, daß ihm das Auerbengut nebst Zubehör nach Maßgabe der §§ 18 bis 29 überlassen werde. Dasselbe gilt, wenn ein Auerbengut zum Gesamtvermögen einer aufgelösten fortgesetzten Gütergemeinschaft gehört.  
Die Vorschriften der §§ 14 bis 16 finden entsprechende Anwendung; doch ist der überlebende Ehegatte, wenn mehrere Auerbengüter vorhanden sind, unter den Voraussetzungen des Abs. 1 nicht ausschließlich zu übernehmen berechtigt.  
Ist der überlebende Ehegatte zur Zeit des Todes des verstorbenen Ehegatten einmündig oder hat er vor dessen Tode eine rechtskräftige Verurtheilung zu Zuchthausstrafe unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erlitten, so finden die Vorschriften des Abs. 1 keine Anwendung.  
Bei Auflösung einer fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schichtung ist in den Fällen des Absatzes 3 und der §§ 21, 28 und 29 statt der Zeit des Todes des Erblassers der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Auseinandersetzung erfolgt oder, wenn dieselbe von den Erben des verstorbenen Ehegatten in einem früheren Zeitpunkt gefordert werden kann, dieser Zeitpunkt. Das Gleiche gilt bei Auflösung einer im Anschluß an eine eheliche Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des verstorbenen Ehegatten bestehenden Vermögensgemeinschaft durch Vertrag.  
Sind Nachkommen des Erblassers zur Uebernahme des Gutes berechtigt, so bestimmt sich die Reihenfolge ihrer Berechtigung nach den §§ 11 und 12, jedoch ist bei Auflösung der fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schichtung im Falle des § 12 statt der Zeit des Todes des Erblassers der im Absatz 4 bezeichnete Zeitpunkt maßgebend.  
Wenn in den Fällen des Absatzes 1 ein nach den Vorschriften des allgemeinen Rechts zur Uebernahme des Auerbenguts Berechtigter nicht vorhanden ist, oder der Berechtigte von seiner Befugnis zur Uebernahme keinen Gebrauch macht, so finden die §§ 10 bis 29 Anwendung. Bei Auflösung der fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schichtung und bei Auflösung einer im Anschluß an eine eheliche Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des verstorbenen Ehegatten bestehenden Vermögensgemeinschaft durch Vertrag ist jedoch in den Fällen der §§ 12, 21, 28 und 29 statt der Zeit des Todes des Erblassers der im Absatz 4 bezeichnete Zeitpunkt maßgebend.  
Wird eine Vermögensgemeinschaft der im vorigen Absatz erwähnten Art durch den Tod des überlebenden Ehegatten aufgelöst, so finden die §§ 10 bis 29 insoweit Anwendung, als nach Maßgabe derselben gegenüber beiden Eheleuten dieselben Nachkommen anerbenberechtigt sind. Nachkommen, welche hinsichtlich der Erbfindung des letztverstorbenen Ehegatten gemäß § 12 den übrigen Miterben nachstehen, stehen ihnen auch hinsichtlich der Erbfindung des verstorbenen Ehegatten nach.  
§ 32.  
Wenn im Geltungsbereiche des Märktischen Provinzialrechts ein überlebender Ehegatte, welcher Eigentümer eines Auerbengutes ist, dieses in Ausübung seines statutarischen Erbrechts zur

Erbschaft einwirkt, so kann er von den übrigen Beteiligten verlangen, daß ihm das Auerbengut nach Maßgabe der §§ 18 bis 20 überlassen werde. Macht der überlebende Ehegatte von diesem Rechte Gebrauch, so ist bei Berechnung der ihm zukommenden statutarischen Hälfte das Gut mit dem Anrechnungswerte (§ 19) in Ansatz zu bringen. Die Vorschriften der §§ 15 Absatz 1 und 2, 16, 28 und 29 finden sinngemäße Anwendung.  
§ 33.  
Wer über das Auerbengut letztwillig verfügen kann, ist befugt, in einer gerichtlichen oder notariell beglaubigten Urkunde oder in einer eigenhändig geschriebenen und unterschriebenen und vom Amts- oder Gemeindevorsteher beglaubigten kempelfreien Urkunde abwickelnd von den Vorschriften der §§ 10 bis 14 unter den Miterben die Person zu bestimmen, welche zur Uebernahme des Auerbengutes berechtigt sein soll.  
In gleicher Weise kann bestimmt werden, daß der Auerbe verpflichtet sein soll, seine Miterben gegen angemessene Mitarbeit längstens bis zu deren Großjährigkeit standesgemäß zu ernähren und für den Nothfall auf dem Auerbengute zu unterhalten, und daß dagegen während dieser Zeit der Anspruch der Miterben auf Zahlung der Erbfindungsrente ruhen soll.  
In gleicher Weise kann bestimmt werden, daß das Auerbengut vom leiblichen Vater oder von der leiblichen Mutter des Auerben bis zu dessen Großjährigkeit in eigene Nutzung und Verwaltung genommen werden kann unter der Verpflichtung, während dieser Zeit den Auerben gegen angemessene Mitarbeit standesgemäß zu ernähren und für den Nothfall auf dem Auerbengute zu unterhalten, sowie für ihn die Erbfindungsrente an die Miterben zu zahlen oder die letzteren nach Maßgabe des Abs. 2 zu ernähren und zu unterhalten.  
§ 34.  
Wird außerhalb der Fälle der gesetzlichen Erbfolge ein Auerbengut durch Verfügung unter Lebenden (Altentheilsvertrag, Erbengabevertrag u. s. w.) oder von Todeswegen einem anerbenberechtigten Verwandten zu alleiniger oder zu gemeinschaftlicher Eigenschaft mit seinem Ehegatten übertragen, und sind die für die Uebernahme vorgeschriebenen Bedingungen in ihrem Gesamtergebnisse dem Uebernehmer nicht ungünstiger, als die in diesem Gesetze vorgezeichneten, so können die Erbfindungen der übrigen Familienangehörigen nach Maßgabe der §§ 21 Abs. 2, 23 bis 27 auf die Rentenbank übernommen werden. Das Gleiche gilt, wenn die Beteiligten in eine verhältnismäßige Kürzung ihrer Ansprüche willigen.  
§ 35.  
Für die Berechnung der Höhe des Pflichttheiles derjenigen Miterben, welche das Auerbengut nicht übernehmen, ist der Betrag ihres nach § 20 zu ermittelnden Erbtheiles maßgebend.  
Dasselbe gilt von dem Pflichttheile, welcher den Kindern im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft von dem Werthe des gemeinschaftlichen Vermögens zuzuwenden ist.  
§ 36.  
Verfügungen des im § 33 bezeichneten Inhaltes können nicht wegen Verletzung des Pflichttheiles, diejenigen des im Abs. 3 dieses Gesetzes bezeichneten Inhaltes auch nicht auf Grund der gesetzlichen Vorschriften über die Nachtheile der Wiedererbtretung angefochten werden.  
§ 37.  
War der Erblasser bei seinem Tode nicht der alleinige Eigentümer des Auerbengutes, so kommen, unbeschadet der Vorschriften des § 31, die Bestimmungen dieses Gesetzes nicht zur Anwendung, es sei denn, daß Erblasser und Auerben alleinige Miterbengüterbesitzer waren.  
§ 38.  
Für das gerichtliche Verfahren bei den nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgenden Erbauseinandersetzungen und Auseinandersetzungen regeln sich die Kostenfrage nach dem geltenden Rechte. Die Erbauseinandersetzungen und Auseinandersetzungen sind stempelfrei.  
Die Eintragung und die Löschung der Auerbengutseigenschaft, sowie die Aufforderung des Auerben zur Abgabe einer Erklärung in Gemäßheit des § 16 Abs. 2 sind kostenfrei.  
§ 39.  
Auf das Verfahren und das Kostenwesen bei Ausführung der §§ 2, 5, 6, 7, 23, 24, 25, 26 und 27 durch die General-Kommission finden die für Gemeintheilnehmungen geltenden Vorschriften mit folgenden Maßgaben Anwendung:  
1) Zuständig ist diejenige General-Kommission, in deren Bezirk das Auerbengut gelegen ist.  
2) Handelt es sich in den Fällen der §§ 5, 6 und 7 um eine Anfechtung, so hat die General-Kommission vor ihrer Entscheidung die Anfechtungskommission zu hören.  
3) Die Erben der General-Kommission in Gemäßheit der §§ 2 und 5 sind kostenfrei.  
4) Für das Verfahren nach Vorschrift der §§ 6 und 7 wird ein Pauschbetrag nach Maßgabe der wirklich erwachsenen Kosten erhoben. Das Gleiche gilt für das Verfahren nach Vorschrift des § 25 Abs. 2, mit Ausnahme des in Satz 1 bezeichneten Falles.  
5) Bei der Uebernahme von Erbfindungsrenten (§§ 23, 24, 26, 27) wird die Hälfte der Kostenpauschale für die Ablösung von Realakten (§ 2 Ziffer 1 und § 3 des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinandersetzungsachen vom 24. Juni 1875 (Gesetz-Samm. S. 395) in Ansatz gebracht, wobei der Jahreswerth nach den Zinsen der auszugebenen Rentenbriefe festzustellen ist.  
6) Die Kosten des Verfahrens (§§ 23, 24, 26, 27) werden zur Hälfte vom Auerben, zur anderen Hälfte von den beim Verfahren beteiligten Miterben, von diesen nach Verhältniß ihrer Erbfindungsrenten, getragen. Wird der Antrag auf Uebernahme der Erbfindungsrente auf die Rentenbank zurückgenommen oder zurückgewiesen, so trägt der Antragsteller die Kosten.  
§ 40.  
Die Bestimmungen der Hofgesetze und Landgüterordnungen finden, unbeschadet der Vorschriften der §§ 11 bis 14, auf Auerbengütern (§ 1) keine Anwendung. Die in die Hof- und Landgüterrollen eingetragenen Auerbengüter und die Vermerke über diese Eintragungen im Grundbuche sind auf Antrag der im § 2 bezeichneten













